Pfund's Condensirte Milch
in Dosen, ohne Messer und Scheere zu öffnen.
Beste Kindernahrung.
Als Zusatz-Nahrung billig und bequem.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

42. Jahrgang. Dresden, 1897.

Curt Heinsius Kgl. Hofl. Dresden-N., Kurfürstenstr., Ecke Tieckstr., Fernspr.-A. II, 2100. Mehrjährige Garantie. Kostenfreie Probe. 6 Mal prämiirt, 80,000 St. in Function.
Geräuschlose Thürschliesser u. dopp. Luftentleerung, gewalzt. Schliessen schnellos.

Closets & Badeartikel in grösster Auswahl billigst! Friedrich Gappisch Königl. Hofl. DRESDEN-A. Marienstr. 11, gegenüber 3 Raben, Fabrik: Flaschenplatz.

Alle technischen Waaren von Gummi u. Asbest
Dichtungen, Stopfbüchsen-Packungen, Schläuche, Walzen, Klappen, Wasserstandsgläser, Oeler liefert sofort
Gummifabrik Reinhardt Leupolt, Dresden-A., Wettinerstr. 26 Tel. 599

Wilh. Böhme
Inhaber: Carl Lamprecht
Tuchhandlung, Scheffelstrasse 6.
Grösstes Lager in echt englischen u. deutschen Paletot-, Anzug- und Hosenstoffen.

MATTONI's GIESSHÜBLER SAUERBRUNN
Bestes Tisch- u. Erfrischungsgetränk, erprobt bei Husten, Halskrankheiten, Magen- u. Blasenkatarrh.
HEINRICH MATTONI in Giesshübl-Puchstein b. Karlsbad.

Das Bandagen-Geschäft der altrenomm. Firma M. H. Wendschuch sen. befindet sich unverändert schon seit über 30 Jahren nur Marienstrasse 22b im Gartengrundstück nahe dem Postplatz.

Nr. 54. Spiegel: Bombardement der Mächte. Hofnachrichten. Feuerlöschwesen. Elektrische Schwebebahn. Gerichtsverhandlungen. Nibelungen. Madame Sans-Gêne. Muthmaßliche Witterung: Trübe, Aufbessernd. Dienstag, 23. Febr.

Für den Monat März

werden Bestellungen auf die **„Dresdner Nachrichten"** für Dresden bei unterzeichneter Geschäftsstelle zu **90 Pfennigen**, für auswärts bei den Kaiserlichen Postanstalten im Deutschen Reichsgebiete zu 92 Pfennigen, in Oesterreich-Ungarn bei den K. K. Postämtern zu 85 Kreuzern angenommen.

Geschäftsstelle der „Dresdner Nachrichten".

Politisches.

„Meine Geduld ist erschöpft!" hat König Georg von Griechenland soeben dem Gesandten einer auswärtigen Macht erklärt. Aber er hat wohl nicht damit gerechnet, daß auch den Mächten, die sich lange genug von dem bankerotten Königreiche haben Trotz bieten lassen, die Geduld ausgehen könnte. An Worten über das völkerrechtswidrige Vorgehen der Griechen hat es ja wahrlich nicht gefehlt, sodaß, wenn die gepriesene Einmüthigkeit der Mächte nicht lächerlich werden sollte, es endlich noth that, auch einmal Thaten sehen zu lassen. Das Geschwader, das vor Kreta die europäischen Großmächte vertritt und das am Sonntag durch den deutschen Kreuzer „Kaiserin Augusta" verstärkt worden ist, hat statt der Diplomaten die eindringlichere Sprache der Kanonen reden lassen. Ueber den bedeutsamen Vorgang, mit dem die kretisch-griechische Frage in ein neues Stadium eingetreten ist, liegen vorläufig folgende Meldungen vor: Sonntag Vormittag begann in der Umgebung von Kanea das Gewehrfeuer. Von der Stadt aus unterschied man griechische Fahnen. Nachmittags wurde das Feuer heftiger. Um 4 Uhr beschlossen die Geschwaderchefs, das Lager der Aufständischen zu bombardiren. Da die Aufständischen noch um 5 Uhr das Gewehrfeuer unterhielten, eröffneten die Fahrzeuge das Geschützfeuer; ein englisches Schiff gab den ersten Schuß ab, hierauf folgten die anderen. Es wurden etwa 40 Schüsse auf das griechische Lager abgegeben. Man nimmt an, daß mehrere Christen getödtet worden sind. Als das Feuer aufhörte, sah man die griechische Fahne in der Höhe des Lagers gehißt. 50 mit Doppelflinten bewaffnete Nizams verließen Nachmittags Kanea, um die eingeborenen Muselmanen zu verstärken. Nach der Mittheilung eines englischen Blattes wurde Nachmittag um 4 Uhr 30 Min. drei britischen, einem italienischen, einem russischen und dem deutschen Kriegsschiffe das Signal gegeben, das Feuer auf die Stellungen der Kreter zu eröffnen. Im Ganzen wurden 70 Schüsse abgegeben, von denen der von den Kretern gehaltene Ort zerstört wurde. Die Flagge wurde bald niedergeholt. Nach 10 Minuten wurde das Einstellen des Feuers angeordnet, worauf auch die Flagge wieder gehißt wurde. Der Angriff der Schiffe der vereinigten Mächte erfolgte, wie weiter berichtet wird, als die Insurgenten aus Akrotiri die türkische Garnison in Haleppa angriffen. Das Bombardement der vereinigten Schiffe gegen die Insurgenten dauerte 25 Minuten, worauf diese die Flucht ergriffen. Das deutsche Kriegsschiff „Kaiserin Augusta", das an der Beschießung theilgenommen hat, war am Sonntag Vormittag in Kanea eingetroffen und hatte 95 Matrosen in Kanea gelandet, worauf auf der Festung auch die deutsche Flagge neben den Flaggen der übrigen Großmächte gehißt wurde.

Bevor man den Vorgang in seiner ganzen Bedeutung zu beurtheilen in der Lage ist, müßte zunächst klar sein, ob der Angriff des internationalen Geschwaders direkt gegen griechische Truppen oder nur zur Abwehr drohender Angriffe seitens der kretischen Insurgenten gegen das türkische Kanea erfolgt ist. Aber auch wenn die Aktion sich nur gegen die Aufständischen gerichtet hat, die die Türken und zugleich das von den Mächten besetzte Kanea bedroht haben, so werden jetzt die Griechen, die mit den Aufständischen verbündet sind und das gemeinsame Ziel der Vereinigung Kretas mit Griechenland im Auge haben, doch wohl reiflich mit sich zu Rathe gehen, ob sie den Willen Europas, wie er nunmehr deutlich zum Ausdruck gebracht worden ist, respektiren und rechtzeitig den Rückzug antreten oder ob sie ihr friedensstörerisches Handwerk fortführen sollen. Bemerkenswerth ist die Meldung, daß beim Beginn der Beschießung des kretischen Lagers das in Kanea liegende griechische Kriegsschiff „Hydra" Dampf aufgemacht hat, um, wenn nöthig, in See zu stechen. Sollte es indeß nicht gelingen, die Griechen schon jetzt zur Raison zu bringen und sie dazu zu bewegen, von ihrem kriegerischen Vorgehen abzustehen, so würde eine neue Situation entstehen, über die man sich vor der Hand nicht in Konjekturen einlassen kann, da abzuwarten bleibt, ob die vereinigten Mächte thatsächlich gewillt sind, auch den Widerstand der Griechen, der sich der Okkupation der Insel entgegenstellen würde, mit Waffengewalt zu beseitigen. Auf die Börsen von Wien und Berlin hat die Aktion des internationalen Geschwaders eine bemerkenswerthe Wirkung ausgeübt. Während sonst Kanonenschüsse die Börsen in einen Zustand panikartiger Auflösung zu versetzen pflegen, hat das Bombardement bei Kanea eine feste Haltung bewirkt, ein Zeichen, daß in der österreichischen wie in der deutschen Hauptstadt die Hoffnung wieder die Oberhand bekommen hat, daß eine Bedrohung des europäischen Friedens nach den neuesten Vorgängen auf Kreta weniger als bisher zu befürchten ist.

Die Stellung, die bisher Deutschland zur orientalischen Krisis eingenommen hat, ist in den letzten Tagen nicht überall beifällig und mit Genugthuung beurtheilt worden. Auch nach den neuesten Ereignissen bleibt es eine offene Frage, ob es diplomatisch richtig ist, in einer internationalen Angelegenheit, bei der das Deutsche Reich nicht unmittelbar interessirt ist, die führende Rolle zu übernehmen, oder ob es nicht vielmehr rathsamer sein möchte, diese denjenigen Staaten zu überlassen, die in erster Linie dabei betheiligt sind. In denjenigen Kreisen, die über Bismarck's Auffassung unterrichtet zu sein pflegen, wird geltend gemacht, daß uns kein realpolitisches Interesse dazu zwingt, in der Behandlung der kretischen Frage die Initiative zu ergreifen. In Beantwortung einer Interpellation des Abg. Eugen Richter hat Fürst Bismarck vor 20 Jahren die Gesichtspunkte, die für Deutschlands Stellung zur orientalischen Frage maßgebend sind, in so muttergiltiger Weise dargelegt, daß sie auch heute noch die Grundlinien für unsere auswärtige Politik bilden sollten. „Ich werde," sagte der große Kanzler am 5. Dezember 1876 im Reichstage „zu irgend welcher Betheiligung Deutschlands (in der orientalischen Frage) nicht rathen, so lange in dem ganzen Streite für Deutschland kein Interesse in Frage steht, welches auch nur die gesunden Knochen eines einzigen pommerschen Musketiers werth wäre." Für uns, die Mindestbetheiligten, führte er weiter aus, enthält die orientalische Frage die Aufforderung zu einer „außerordentlich vorsichtigen Politik". „Wir hoffen", so schloß er damals, „in erster Linie, daß wir uns den Frieden und die Freundschaft mit unseren bisherigen Freunden bewahren, in zweiter Linie werden wir, soweit es durch freundschaftliche, von allen Seiten bereitwillig aufgenommene Vermittelung möglich ist, unter absolutem Ausschluß aber jeder drohenden Haltung von unserer Seite, uns bestreben, den Frieden unter den europäischen Mächten nach Möglichkeit zu erhalten, das heißt also den Krieg, wenn er im Orient ausbrechen sollte, nach Möglichkeit zu lokalisiren." In ähnlicher Weise hat sich Fürst Bismarck zwei Jahre später, am 19. Januar 1878, im Reichstage geäußert. Damals bemerkte er u. A.: „Wenn von vielen Seiten an uns die Zumuthung gekommen ist, wir sollten von Hause aus unsere Politik festlegen und sie Anderen aufdrängen in irgend einer Form, so muß ich sagen, daß ich das doch mehr für Preßpolitik als für Staatspolitik halte. Wir würden uns die Rolle der Vermittelung fast unmöglich machen, weil jeder mit dem Mienn der deutschen Politik in der Hand uns sagen könnte: so weit kann die deutsche Vermittelung gehen, das kann sie thun, das kann sie nicht thun. Die freie Hand, welche Deutschland sich erhalten hat, die Ungewißheit über Deutschlands Entschließungen mögen nicht ganz ohne Mitwirkung in der bisherigen Erhaltung des Friedens sein. Spielen Sie die deutsche Karte aus, werfen Sie sie auf den Tisch — und Jeder weiß, wie er sich darnach einzurichten oder sie zu umgehen hat. Es ist das nicht praktisch, wenn man den Frieden vermitteln will. Die Vermittelung des Friedens denke ich mir nicht so, daß wir nur bei divergirenden Ansichten den Schiedsrichter spielen und sagen: so soll es sein, und dahinter steht die Macht des Deutschen Reichs; sondern ich denke sie mir bescheidener, ja mehr die eines ehrlichen Maklers, der das Geschäft wirklich zu Stande bringen will."

Daß Fürst Bismarck heute, wo sich die Situation für Deutschland und die Aufgaben, die ihm in der gegenwärtigen Krisis zufallen, nicht wesentlich anders gestaltet haben, im Großen und Ganzen noch ebenso denkt, wie vor einem Menschenalter, und nach den damals dargelegten Gesichtspunkten verfahren würde, wenn er noch in verantwortlicher Stellung dazu berufen wäre, ist wohl zweifellos. In einem Artikel, der „Tägl. Rundschau", der offenbar die in Friedrichsruh herrschenden Ansichten zuverlässig wiedergiebt, wird mit Nachdruck betont, daß Deutschland in allen Orientfragen nicht an erster Stelle steht, sondern in der Hinterhand bleiben und abwarten kann, was die Vorderhand, die zunächst betheiligten Mächte, thun. In Bezug auf Kreta kann es uns völlig gleichgiltig sein, heißt es dort, ob die Eingeborenen oder die Griechen und Türken sich gegenseitig die Hälse abschneiden, ob Kreuz oder Halbmond auf der Insel herrscht; deutsche Interessen irgend welcher erheblicher Natur stehen dabei nicht auf dem Spiele. Deutsches Interesse an Kreta und den dortigen Verwickelungen besteht nur indirekt und insofern, als das Deutsche Reich nicht minder wie jeder andere europäische Staat daran interessirt ist, daß die diplomatische oder militärische Behandlung der kretischen Frage nicht zu Konflikten zwischen den Mächten und damit zu einer Gefährdung des europäischen Friedens führt. Zur Wahrung dieses Interesses genügt es vollkommen, wenn Deutschland, soweit erforderlich ist, sich der Aktion der Großmächte zur Verhinderung eines Umsichgreifens eines kretischen Brandes anschließt, und zwar sowohl in diplomatischer wie maritimer Hinsicht; es liegt in der Natur der Aufgaben, welche der Marine zufallen, daß sie sich gegebenen Falls an kriegerischen Maßnahmen betheiligen muß, die nicht den direkten Zweck des Schutzes der Heimath haben. Vor Allem aber hat man in Berlin Zurückhaltung zu üben und das eigene Eingreifen von dem Gange der Ereignisse abhängig zu machen. Auf diese Position zu verzichten und etwa dem Antriebe zu folgen, vorschnell überall die Hand hineinzustecken, wo in Europa oder außerhalb des Erdtheils irgendwo „etwas los" ist, hieße auf Prestigepolitik und auf eine unnöthige Gefährdung der Landesinteressen hinaus, die schwer zu verantworten sein würde.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 22. Februar.

* **Paris.** Kammer. Bei stark besetztem Hause interpellirt der Deputirte Cochin über die orientalischen Angelegenheiten. Millerand unterstützt die Interpellation. Der Minister Hanoteaux erklärte: „Alle Regierungen wollen den Frieden und Frankreich könne nicht allein die Verantwortung für Zwangsmaßregeln übernehmen. Das Einvernehmen Europas müsse die Probleme lösen. Die Okkupation Kretas durch die Flotten der Mächte sichere die Autonomie Kretas." Nach einer Erwiederung des Deputirten Jaurès nahm die Kammer mit 413 gegen 83 Stimmen eine Tagesordnung an, welche den Erklärungen der Regierung zustimmt.

Berlin. Reichstag. Am Bundesrathstisch Staatssekretär Freiherr v. Marschall. Auf der Tagesordnung steht der Etat des Auswärtigen Amtes in Verbindung mit dem Etat für die Schutzgebiete. — Der Referent Prinz Arenberg (Centr.) geht mit seinem Referat auf die Frage der griechischen Staatsschulden ein. Man sei in der Kommission der Ansicht gewesen, auch die Leichtgläubigkeit der griechischen Staatsgläubiger entbinde unsere Regierung nicht von der Verpflichtung, die griechische Regierung anzuhalten, so anständig und so ehrlich zu sein, wie sie überhaupt zu sein vermöge. (Heiterkeit.) — Abg. Hasse (nl.) hofft auf einige Aufklärungen des Staatssekretärs über den Stand der Kretafrage. Unsere Interessen könnten nur auf die Aufrechterhaltung des allgemeinen europäischen Friedens gerichtet sein. Weiter berührt Redner die Ausgaben des Reichs für deutsche Schulen im Auslande. Es handle sich hier nicht darum, die jetzt dazu verwendeten 10,000 Mk. zu erhöhen, sondern darum, sie geradezu zu vervielfachen. Ferner müßten unsere Deutschen im Auslande mehr als bisher ihrer Militärpflicht in den Schutztruppen genügen. Weiter bezeichnet Redner ein Auswanderungsgesetz als dringend nöthig, ebenso eine Reform des Gesetzes über Erwerb und Verlust der Staatsangehörigkeit. Auch erkundigt er sich nach dem Stande unserer Handelsbeziehungen zu Spanien. Die sächsische Textilindustrie habe an Absatz nach Spanien auffällig verloren, zum Vortheil Böhmens. Daure das noch eine Weile an, so werde die spätere Wiedereinräumung der Meistbegünstigung speziell der sächsischen Spitzenindustrie voraussichtlich gar keine Vortheile mehr gewähren. Sehr zweckmäßig würde die Bildung eines mitteleuropäischen Zollvereins sein. — Staatssekretär von Marschall: Auf die Anfrage des Vorredners sei folgendes Thatsächliche erwiedert: Die „Kaiserin Augusta" ist vor Kreta angelangt und bereits in Aktion getreten. Unsere Truppen haben im Verein mit denen der anderen Großmächte die Insurgenten vertrieben, welche sich von Osten her Kanea zu nähern versuchten. Ich muß darauf verzichten, über den Stand der Dinge Näheres anzugeben, nur soviel kann ich sagen, unsere Linie ist uns klar vorgezeichnet, wir sind entschlossen, unsere Kraft einzusetzen für die Erhaltung des Friedens. Deutschland hat dort keine Sonderinteressen, um so fester und rücksichtsloser können wir der großen Aufgabe unsere Kräfte widmen und beitragen zur Erhaltung des Friedens. Das Werk der Erhaltung des Friedens ist erschwert durch das völkerrechtswidrige Vorgehen Griechenlands. Das Landen griechischer Truppen auf Kreta ist weit davon entfernt gewesen, die Gemüther zu beruhigen, es hat vielmehr wachsende Anarchie herbeigeführt. Die Fortdauer dieses Zustandes birgt an sich und vermöge der erregenden Wirkung auf andere Völker schwere Gefahren in sich; diese Gefahren zu beseitigen, ist unsere nächste Aufgabe, dadurch erst wird Raum geschaffen werden für die dauernde Befriedigung Kreta's, für die Erfüllung der berechtigten Forderungen Kreta's ohne Antasten der Integrität der Türkei. Ueber die zu ergreifenden Mittel schweben Verhandlungen, über welche ich aber augenblicklich nähere Angaben noch nicht machen kann, von dem Herrn Reichskanzler bin ich aber zu der Erklärung beauftragt, daß er gern bereit ist, seinerzeit dem Reichstage näheren Aufschluß zu gewähren. — Direktor im Auswärtigen Amte Hellwig erwiedert dem Abg. Hasse, die Angelegenheit der deutschen Schulen im Auslande sei Sache des Reichsamts des Innern. — Direktor Reichardt fügt hinzu, ein Auswanderungsgesetz werde dem Reichstag hoffentlich schon in wenig Wochen zugehen. — Abg. Lieber (Centr.) erklärt, das Centrum sei damit einverstanden, daß eine nähere Auskunft in diesem Augenblicke nicht ertheilt werde. Natürlich aber könne der Reichstag diesen Vorgängen nicht theilnahmlos gegenüberstehen, zumal andere Parlamente sich bereits mit denselben beschäftigten. Redner erinnere sodann die Nationalliberalen daran, daß sie im Jahre 1870 als Programm proklamirt hätten und zwar, als es sich damals um die römische Frage handelte, daß man sich „unter keinem Vorwande und in keiner Form" in die inneren Angelegenheiten eines anderen Staates einmischen dürfe. Er und seine Freunde freuten sich, daß jetzt auch die Freunde des Herrn Hasse ebenso dächten wie das Centrum, welches damals das Interventionsprinzip zu Gunsten des Papstes betont habe. Die Verhältnisse sind nämlich, so fährt Redner fort, stärker als die Menschen. Was Kreta anlangt, so wünschen wir zwar lebhaft, daß die Mißhandlungen christlicher Unterthanen in der Türkei ein Ende nähmen, aber wir sind andererseits überzeugt, im gegenwärtigen Augenblick bestehe die wahre christliche Humanität in der Erhaltung des europäischen Friedens. Auch wenn das Vorgehen Griechenlands nicht völkerrechtswidrig wäre, wie der Staatssekretär es nennt, so würden wir in Griechenland zu allerletzt den Vertreter christlicher Interessen auf Kreta erblicken. Wir beurtheilen das Vorgehen Griechenlands als ein anmaßendes und wünschen, es möge gelingen, sobald als möglich diesen kleinen Gernegroß auf Kreta zu Paaren zu treiben. Redner drückt dann noch Namens seiner Partei dem auswärtigen Amte volles Vertrauen aus, daß es demselben gelingen möge, den Frieden zu erhalten. — Abg. Richter (freis. Vp.): Die Zurückhaltung des Reichstags auf dem Gebiete der auswärtigen Politik, wie sie aus der Bismarck'schen Zeit überliefert worden sei, müsse endlich aufhören. Deutschland habe sich mit seinem Blockadevorschlag, der an dem Widerstande Englands scheiterte, eine diplomatische Niederlage geholt. In Deutschland sympathisire man weniger als anderwärts mit den Griechen wegen deren Verhalten zu den Gläubigern, aber noch weniger sympathisire man mit den Türken. Die Beseitigung der Türkenherrschaft sei für Europa von weittragender Bedeutung, weil es zuletzt darauf hinauslaufe, wer in den Besitz von Konstantinopel komme; aber für diese Frage sei die kretische in keiner Weise präjudizieend. Wenn Kreta unabhängig von der türkischen Herrschaft gestellt werde, so erscheine das als eine Entwickelung, die der Staatsgeschichte von Rumänien analog sei. Der Vorschlag des englischen Premierministers, Kreta autonom wie Samos zu machen, sei nicht acceptirbar. Man würde es schließlich nicht für ein Unglück halten, wenn Kreta mit Griechenland vereinigt würde. Die Kreter würden sich um so eher beruhigen und Griechenland um so schärfer in's Unrecht gesetzt werden, wenn klar und bestimmt die Absichten der Großmächte bezüglich der Reform hervortreten. — Abg. v. Marquardsen (nl.) bittet kurz aus, er könne im Allgemeinen den Gedanken des Abg. Richter über die Art der Pacifikation Kretas durch Gewährung der Autonomie zustimmen. Jedenfalls werde seine Partei die Regierung auf dem Wege zur Erhaltung des Friedens unterstützen, und das werde wohl, wie er hoffe, seitens des ganzen Hauses geschehen. — Abg. Lieber (Centr.) kommt nochmals auf die römische Frage von 1870 zurück, hoffend, das Programm, sich unter keinem Vorwande und in keiner Form einzumischen, werde fortan nicht wiederkehren, und wie viele Parteien auch in diesem Hause seien, Schwarze, Weiße, Rothe, so werde doch der Reichstag in der Unterstützung nach Außen hin einmüthig schwarz-weiß-roth sein. Unser Auswärtiges Amt wird umso schärfer im Auslande sein, je weniger ihm hier Verlegenheiten bereitet werden. — Auf eine Anregung des Abg. Schmidt-Warburg (Centr.) bemerkt Staatssekretär v. Marschall in Betreff der deutschen Gläubiger des griechischen Staates, die Regierung werde nach Kräften nach wie vor für deren Interessen eintreten. — Hierauf wird der Titel „Gehalt des Staatssekretärs" genehmigt. — Bei dem Titel „Eine halbe Million Mark für geheime Ausgaben" fragt Abg. Stadthagen (Soz)., wozu denn dieser Fonds nöthig sei, etwa für Lockspitzel oder andere Lumpe? Eine Antwort hierauf erfolgt nicht. Ohne weitere Debatte wird der Etat des Auswärtigen

Meine Frau sagt: Triumph-Seife ist noch die feine Seife für Küche und Haushalt